



MÜLLER-SÖNKSEN: Keine Nebeneinkünfte für Intendanten

MÜLLER-SÖNKSEN: Keine Nebeneinkünfte für Intendanten
BERLIN. Zu den heute im "Spiegel" erschienenen Berichten über die Nebeneinkünfte der Intendantinnen und Intendanten öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten erklärt der medienpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Burkhardt MÜLLER-SÖNKSEN: Offensichtlich sind Sparsamkeit und Transparenz im Umgang mit Beitragsgeldern reine Lippenbekenntnisse. Wir kritisieren die in den Berichten geschilderte Praxis scharf und fordern von den Sendeanstalten klare Compliance-Vorgaben und von den Bundesländern entsprechende Klarstellungen in den Landesrundfunkgesetzen. Die Intendanten werden mit sehr üppigen Grundgehältern in sechsstelliger Höhe aus den Beitragsgeldern der Bürgerinnen und Bürger bezahlt. Damit verdienen sie mehr als politische Spitzenbeamte mit vergleichbarer Verantwortung und es sollte eine Selbstverständlichkeit sein, ebenso wie Beamte auf Nebeneinkünfte zu verzichten. Dies gilt umso mehr, wenn die Nebeneinkünfte letztlich auch aus dem Rundfunkbeitrag stammen. Am Beispiel Nebeneinkünfte zeigt sich, wie intransparent die bisher jährlich rund 7,5 Milliarden Beitragsgelder verwendet werden. Wir kritisieren schon lange das undurchschaubare Geflecht aus Produktions- und anderen Tochtergesellschaften der Sendeanstalten, die letztlich beitragsfinanziert sind. Eine Strukturreform ist überfällig. Nur durch einen nachvollziehbar transparenten Umgang mit den Beitragsgeldern können die Öffentlich-Rechtlichen ihre Legitimität erhalten und Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zurückgewinnen.
Freie Demokratische Partei (FDP)
Thomas-Dehler-Haus, Reinhardtstrasse 14
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: 030-288772-0
Telefax: 030-288772-22
Mail: redaktion@liberale.de
URL: <http://www.fdp.de>

Pressekontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Firmenkontakt

Freie Demokratische Partei (FDP)

10117 Berlin

fdp.de
redaktion@liberale.de

Eine Geschichte als Herausforderung. Der Liberalismus begann seinen historischen Weg als Philosophie der Freiheit und als politische Bewegung für die Rechte des Einzelnen. Die Willkürherrschaft des Absolutismus stand im Widerspruch zur Idee einer freiheitlichen Gesellschaft. Mit dem Verfassungsstaat hat der Liberalismus den Absolutismus überwunden. Als erste politische Bewegung hat der Liberalismus dem einzelnen Bürger, seiner menschlichen Würde und seinen Menschenrechten der Freiheit und Gleichheit Vorrang vor der Macht des Staates eingeräumt. Schritt für Schritt verwirklichten Liberale den modernen Verfassungsstaat mit individuellen Grundrechten, der freien Entfaltung der Persönlichkeit, dem Schutz von Minderheiten, der Gewaltenteilung und der Rechtsbindung staatlicher Gewalt. Der Liberalismus hat als Freiheitsbewegung nicht nur für die Gleichheit vor dem Gesetz gekämpft, sondern auch für Chancengleichheit in der Gesellschaft. Mit der Marktwirtschaft und ihrer sozialen Verpflichtung hat der Liberalismus neue Chancen gegen Existenznot und konservative Erstarrung der gesellschaftlichen Strukturen eröffnet. Die liberale Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland hat mehr demokratische Stabilität, mehr allgemeinen Wohlstand, mehr soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit hervorgebracht, als dies je zuvor in der Geschichte der Fall gewesen ist. Und dennoch ist die Idee der Freiheit den schleichenden Gefahren der Gewöhnung und Geringschätzung ausgesetzt. Weniger Teilhabe am demokratischen Staat, weniger Chancen für ein selbstbestimmtes Leben durch weniger Chancen auf einen sicheren Arbeitsplatz, Entmündigungen durch kollektive Zwangssysteme und bevormundende Bürokratie sind neue Bedrohungen der Freiheit. Liberale haben nach 1945 der Idee der Freiheit zum erneuten Durchbruch verholfen. Die FDP war stets der Motor für Reformen, wenn es um Richtungsentscheidungen zugunsten der Freiheit ging. Nur durch die FDP konnte in den fünfziger Jahren die Soziale Marktwirtschaft gegen die Sozialdemokraten und Teile der Christdemokraten durchgesetzt werden. Nur durch die FDP konnte sich in den siebziger Jahren mehr Bürgerfreiheit gegen konservative Rechts- und Gesellschaftspolitik durchsetzen. Die Liberalen waren Vorreiter für die Demokratisierung und Liberalisierung der Gesellschaft, gegen obrigkeitliche Bevormundung und Engstirnigkeit. Unsere Politik der marktwirtschaftlichen Erneuerung in den achtziger Jahren brachte neue Arbeitsplätze und mehr Wohlstand für mehr Bürger. Ein großer Teil des Widerstands gegen das sozialistische Staatswesen erwuchs aus der Attraktivität des freiheitlich-liberalen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems. Das in den europäischen Integrationsprozeß eingebettete, vereinte Deutschland ist das freiheitlichste unserer Geschichte.